

29.08.2011 - 13:55 Uhr

Seeuferweg - juristischer, ökonomischer und ökologischer Unsinn

Zürich (ots) -

Am Montag hat der Zürcher Kantonsrat nach einem schwer verständlichen Abstimmungsprozedere seine Abstimmungsempfehlungen zu den Volksinitiativen und zum Gegenvorschlag betr. durchgehender Seeuferweg abgegeben. FAiR ist enttäuscht, dass er den Gegenvorschlag zu Annahme empfiehlt. Immerhin ist eine grosse Mehrheit des Kantonsrates vernünftig und empfiehlt die beiden Initiativen zu Ablehnung.

Für FAiR ist es nicht nachvollziehbar, dass eine Mehrheit des Kantonsrates den Gegenvorschlag zu den beiden Initiativen betr. durchgehender Seeuferweg zur Annahme empfiehlt. Sollte dieser nämlich durch das Volk angenommen werden, wird derselbe Seeuferweg mit seinen exorbitanten Realisierungs- und Folgekosten von 250 Millionen realisiert, wie ihn die Initianten wollten, es steht dafür einfach mehr Zeit zur Verfügung. Zwar sollen gemäss Gegenvorschlag alle Zürcher Gewässer mit einem Uferweg ausgestattet werden, doch mit Ausnahme am Zürichsee besteht praktisch überall ein solcher Weg. Wo denn sonst also soll das Geld verbaut werden wenn, nicht am Zürichsee? Schon heute ist der See übernutzt, Flora und Fauna sind unter Druck. Weshalb die Initianten und Grünen nicht mehr Sorge tragen wollen zum See, ist uns ein Rätsel.

Den teuren Spass hätten in erster Linie einmal mehr die Automobilisten und die Seegemeinden zu bezahlen. Bereits in 20 Jahren kämen alleine aus dem Strassenfonds 120 Mio. Franken zusammen. Müssen sich die Gemeinden entsprechend beteiligen, kann der Fonds bis in 25 Jahren mit insgesamt 250 Mio. Franken für den Wunschbedarf einiger weniger genutzt werden. Dies sind aber Steuergelder, die dringend anderswo gebraucht werden. Es erstaunt aber auch, dass sich der Rat über die Entwertungen der Liegenschaften, sollte der durchgehende Seeuferweg realisiert werden, und die darauf basierenden Forderungen, die auf den Staat zukommen werden, keine Gedanken gemacht hat.

Bereits heute sind 50% des Seeufers öffentlich zugänglich. Es würde sich lohnen, diese Abschnitte aufzuwerten. Dazu braucht es aber keine Volksinitiativen, sondern nur der politische Wille, dies auch zu tun. Ein Alternativvorschlag von FAiR würde rund 30 Mio. Franken kosten, also nur ein Bruchteil eines durchgehenden Seeuferwegs.

Kontakt:

Kurt Zollinger (Vizepräsident)
Mobile: +41/79/414'59'31

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100021725/100702920> abgerufen werden.